Polizeiverordnung (PolV)

Vom 21. Juni 2005 (Stand 1. Mai 2026)

Gestützt auf Art. 39 des Polizeigesetzes[1)] des Kantons Graubünden vom 20. Oktober 2004

von der Regierung erlassen am 21. Juni 2005

1. Führung und Organisation

Art. 1 Unterstellung, Leitung und Zusammensetzung

[1] Die Kantonspolizei ist dem Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit unterstellt. Sie steht unter der Leitung der Polizeikommandantin oder des Polizeikommandanten. *****

[2] Die Kantonspolizei setzt sich aus Korpsangehörigen (Polizistinnen und Polizisten), Sicherheitsassistentinnen und Sicherheitsassistenten sowie Zivilangestellten zusammen.

Art. 2 * Gliederung

[1] Die Kantonspolizei gliedert sich in Abteilungen. Die Aufgabenzuteilung und Gliederung der Abteilungen bestimmt die Polizeikommandantin oder der Polizeikommandant.

[2] Das Departement genehmigt die Schaffung und Aufhebung der Abteilungen.

[3] Die Polizeikommandantin oder der Polizeikommandant bestimmt die Kommandoorganisation.

Art. 3 Führung

[1] Die Polizeikommandantin oder der Polizeikommandant bestimmt einen Polizeiführungsstab als beratendes Organ. *****

[2] … *****

1) BR 613.000

***** Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

[3] Zur Sicherstellung der permanenten Polizeiführung setzt die Polizeikommandantin oder der Polizeikommandant Pikettoffiziere ein. Ist Gefahr im Verzug, entscheidet die Pikettoffizierin oder der Pikettoffizier über Massnahmen gemäss Abschnitt 5a. *

Art. 4 Räumliche Gliederung und Zuständigkeit

[1] Die räumliche Gliederung und örtliche Zuständigkeit der Kantonspolizei bestimmt die Polizeikommandantin oder der Polizeikommandant.

[2] Über die Bildung und Aufhebung von Polizeiposten entscheidet das Departement. *

Art. 5 Dienstweg

[1] Polizeiliche Aufträge von richterlichen und polizeilichen Behörden des Bundes, des Kantons und der Gemeinden sowie von Verwaltungsstellen sind an das Polizeikommando zu richten.

2. Bestand, Ausbildung und Beförderung

Art. 6 Bestand

[1] Die Regierung legt die Anzahl der bewilligten Stellen der Kantonspolizei fest. Sie berücksichtigt dabei die Bedürfnisse und Aufgaben sowie deren Gewichtung. *

[2] … *

Art. 7 * Gradierung und Beförderung
1. Allgemeines

[1] Die Korpsangehörigen werden gradiert.

[2] Die Gradierung erfolgt ohne Auswirkungen auf die Einreihung in Funktionsklassen gemäss Artikel 12 Personalverordnung.

[3] Voraussetzungen für eine Beförderung sind Können, Leistung, Erfahrung und dienstliches Verhalten.

[4] …

[5] …

Art. 7a * 2. Grade

[1] Es gibt folgende Grade:

a) Kadergrade: Oberst, Oberstleutnant (Oberstlt), Major (Maj), Hauptmann (Hptm), Oberleutnant (Oblt), Leutnant (Lt), Chef Adjutant (C Adj), Adjutant Unteroffizier (Adj Uof), Feldweibel (Fw), Wachtmeister mit besonderen Aufgaben (Wm mbA)
b) Mannschaftsgrade: Wachtmeister (Wm), Korporal (Kpl), Gefreiter (Gfr), Polizistin/Polizist (Pol)

[2] Die Kadergrade sind an eine Stellenbezeichnung als Kader gebunden. Die Stellenbezeichnung als Kader und ihre Grade bestimmt das Departement.

Art. 8 3. Mannschaft *

[1] … *

[2] Für die Erlangung der Mannschaftsgrade gelten folgende Voraussetzungen: *

a) * Polizistin/Polizist: Bestandene Polizei-Ausbildung mit eidgenössischem Fachausweis
b) * Gefreiter: 3 Dienstjahre sowie bestandene Prüfung der Festigungsstufe
c) Korporal: 6 Dienstjahre
d) * …
e) Wachtmeister: 10 Dienstjahre sowie bestandene Spezialistenprüfung im Bereich Kriminal- oder Verkehrspolizei. Für Spezialisten kann auch eine Fachprüfung anerkannt werden.

[3] … *

[4] Das erste Polizei-Ausbildungsjahr gilt nicht als Dienstjahr im Sinne der Beförderungsvorschriften. *

Art. 8a * 4. Kader

[1] Auf den Zeitpunkt der Übernahme einer Kaderfunktion gemäss Artikel 7a erfolgt die Beförderung in den zugehörigen Grad. Die Einreihung in die zugehörige Funktionsklasse richtet sich nach der Personalgesetzgebung.

[2] Kadergrade sind, unter Vorbehalt einer Spezialistenprüfung, nicht an Dienstjahre oder Mannschaftsgrade gemäss Artikel 8 geknüpft.

[3] Mit Verlassen einer Kaderfunktion entfallen die Ansprüche auf den entsprechenden Grad und auf die entsprechende Funktionsklasse. Massgebend bleiben allein die Dienstjahre. *

Art. 9 * Beförderungsverfahren

[1] Beförderungen werden auf Antrag der Polizeikommandantin oder des Polizeikommandanten durch das Departement verfügt.

Art. 10 * Fahnderin und Fahnder

[1] Zur Fahnderin oder zum Fahnder können Korpsangehörige ab dem Grade eines Korporals ernannt werden, die sich über berufliches Können und kriminalistische Erfahrung ausweisen, welche sie befähigen, gerichtspolizeiliche Aufgaben selbstständig zu erledigen, und die eine Fahnderprüfung bestanden haben.

[2] Durch die Polizeikommandantin oder den Polizeikommandanten zur Fahnderin oder zum Fahnder ernannte Korpsangehörige, die in dieser Funktion eingesetzt werden, erhalten die dafür vorgesehene pauschale Abgeltung.

3. Rechte und Pflichten der Mitarbeitenden

Art. 11 Verhalten

[1] Mitarbeitende der Kantonspolizei haben sich innerhalb und ausserhalb des Dienstes vorbildlich zu verhalten.

Art. 12 Dienstbereitschaft

[1] Die Mitarbeitenden haben auch ausserhalb ihrer Dienstzeit einem Aufgebot Folge zu leisten.

Art. 13 Versetzungen

[1] Korpsangehörige sind verpflichtet, sich versetzen zu lassen.

[2] Über Versetzungen entscheidet die Polizeikommandantin oder der Polizeikommandant.

Art. 14 Wohn- und Aufenthaltsort

[1] Über den Wohn- und Aufenthaltsort entscheidet die Polizeikommandantin oder der Polizeikommandant aufgrund der dienstlichen Bedürfnisse.

Art. 15 Polizeiausweis

[1] Korpsangehörige erhalten einen Polizeiausweis, der die polizeilichen Rechte und Pflichten bescheinigt.

[2] Die Polizeikommandantin oder der Polizeikommandant bestimmt die Ausweise für die Sicherheitsassistentinnen und Sicherheitsassistenten sowie die zivilen Mitarbeitenden.

[3] Der Polizeiausweis ist so zu gestalten, dass sich ihre Inhaberin oder ihr Inhaber auch nur mit der Dienstnummer ausweisen können. Die Voraussetzungen dafür bestimmt die Polizeikommandantin oder der Polizeikommandant.

Art. 16 Namensschild

[1] Uniformierte Mitarbeitende tragen in der Regel ein Namensschild. Davon ausgenommen sind Spezialeinheiten.

Art. 17 Bekleidung und Ausrüstung

[1] Korpsangehörige werden zweckmässig bewaffnet, aus- und nachgerüstet.

[2] Wer über genügende und zeitgemässe persönliche Uniformen verfügt, kann anstelle der bezugsberechtigten Uniformstücke eine Kleiderentschädigung von rund 30 Prozent der Anschaffungskosten erhalten. *****

[3] Uniformstücke und die Dienstwaffe können den Mitarbeitenden beim Ausscheiden aus dem Polizeikorps überlassen werden.

[4] Für die Sicherheitsassistentinnen und Sicherheitsassistenten gelten die Absätze 1 bis 3 sinngemäss.

[5] Für private Fahrzeuge und private Ausrüstungsgegenstände, welche im Dienst zwingend gebraucht werden, leistet der Kanton bei Beschädigung oder Verlust vollen Ersatz, sofern der Verlust oder die Beschädigung bei normalem Gebrauch im Polizeidienst eingetreten ist und nicht durch Absicht oder grobe Fahrlässigkeit verursacht worden ist.

Art. 18 Todesfälle

[1] Bei Todesfällen findet – das Einverständnis der Angehörigen vorausgesetzt – eine den kantonalen Gepflogenheiten der Polizei entsprechende Beerdigung statt. Die Polizeikommandantin oder der Polizeikommandant trifft in Berücksichtigung der regierungsrätlichen Protokollordnung die erforderlichen Anordnungen.

[2] Die Kosten für die dafür notwendigen Vorkehrungen trägt der Kanton.

4. Rekrutierung und Aufnahme ins Korps

Art. 19 Polizeischule

[1] Die Kantonspolizei lässt die Aspirantinnen und Aspiranten in einer Polizei- oder Konkordatsschule ausbilden oder kann eine eigene Polizeischule durchführen.

Art. 20 Voraussetzungen

[1] Die Voraussetzungen für die Aufnahme als Aspirantinnen und Aspiranten in eine Polizeischule sowie das Rekrutierungsverfahren bestimmt die Regierung.

Art. 20a * Polizeiausbildung

[1] Die Ausbildung zur Polizistin oder zum Polizisten dauert zwei Jahre.

Art. 20b * Erstes Polizei-Ausbildungsjahr

[1] Das erste Polizei-Ausbildungsjahr wird an einer Schule gemäss Artikel 19 absolviert, mit einem Einführungspraktikum ergänzt und mit der Prüfung Einsatzfähigkeit (PEF) abgeschlossen.

[2] Während des Einführungspraktikums besteht keine Befugnis, selbstständig polizeilich zu handeln. Vorbehalten bleibt der Schusswaffengebrauch im Fall von Notwehr und Notwehrhilfe. Die Aspirantin oder der Aspirant muss jederzeit durch eine ausgebildete Polizistin oder einen ausgebildeten Polizisten begleitet werden.

[3] Für das erste Polizei-Ausbildungsjahr wird auf ein Jahr befristet ein Ausbildungsvertrag abgeschlossen.

Art. 20c * Zweites Polizei-Ausbildungsjahr

[1] Das zweite Polizei-Ausbildungsjahr beinhaltet ein Praktikum im Polizeikorps. Es wird mit der eidgenössischen Berufsprüfung abgeschlossen.

[2] Eine Polizistin oder ein Polizist im Praktikum verfügt über die Befugnis, selbstständig polizeilich zu handeln.

[3] Mit der Polizistin oder dem Polizisten im Praktikum wird ein unbefristeter Arbeitsvertrag abgeschlossen.

Art. 21 Rückerstattung von Ausbildungskosten *****

[1] Die Aspirantinnen und Aspiranten haben sich beim Eintritt in die Polizeischule schriftlich zu verpflichten, einen Teil der Ausbildungskosten zurückzuerstatten.

[2] Die Rückerstattung beträgt beim Austritt: *****

a) ***** während des ersten Polizei-Ausbildungsjahrs bis zum Einführungspraktikum: Fr. 8000.–
b) ***** anschliessend bis zur Prüfung Einsatzfähigkeit (PEF): Fr. 25 000.–
c) ***** im 1. Dienstjahr als Polizistin oder Polizist im Praktikum: Fr. 35 000.–
d) im 2. Dienstjahr: Fr. 27 500.–
e) im 3. Dienstjahr: Fr. 20 000.–
f) im 4. Dienstjahr: Fr. 10 000.–

[3] Mit der Vollendung des 4. Dienstjahres erlischt die Rückerstattungspflicht.

[4] Das Departement kann nach Anhören des Personalamtes Ausnahmen von der Rückerstattungspflicht bewilligen. *****

Art. 22 * …

Art. 23 * Eintritt ins Korps

[1] Nicht inkorporierte Bewerberinnen und Bewerber können nach erfolgreich absolviertem Assessment ins Polizeikorps aufgenommen werden, sofern sie über den eidgenössischen Fachausweis als Polizistin/Polizist verfügen oder Spezialkenntnisse in einem Fachbereich aufweisen. *****

Art. 24 Übernahme des Grades

[1] Die gemäss Artikel 23 eintretenden Bewerberinnen und Bewerber können einen bisher oder früher bekleideten Grad nur behalten, wenn die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind. *****

[2] Die in anderen Polizeikorps geleisteten Dienstjahre können für die Beförderung angerechnet werden. Eine solche Anrechnung ist im Arbeitsvertrag festzuhalten.

Art. 25 Gelübde

[1] Vor der Aufnahme des Einführungspraktikums während des ersten Polizei-Ausbildungsjahrs werden die Aspirantinnen und Aspiranten von der Polizeikommandantin oder vom Polizeikommandanten zu gewissenhafter Erfüllung der Dienstpflichten, zur Wahrheit in allen Dienstangaben und zur Verschwiegenheit in dienstlichen Angelegenheiten aufgefordert. *

[2] Die neu ins Korps aufgenommenen Mitarbeitenden haben der Polizeikommandantin oder dem Polizeikommandanten folgendes Gelübde abzulegen: «Ich verspreche, die Verfassung und die Gesetze zu achten, der Regierung des Kantons und den Vorgesetzten Gehorsam zu leisten, meine Pflichten ohne Ansehen der Person, unbestechlich, nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen, mich streng an die Wahrheit zu halten, die Rechte der Bürgerin und des Bürgers zu achten und zu schützen, über dienstliche Verrichtungen und Wahrnehmungen verschwiegen zu sein und meine ganze Kraft zur Erledigung meiner Aufgaben einzusetzen.» *

Art. 26 Mitteilung

[1] Die Mitteilung an die Bewerberinnen und Bewerber nach der Wahl erfolgt durch die Polizeikommandantin oder den Polizeikommandanten.

5. Zuständigkeiten

Art. 27 Weisungsbefugnisse

[1] Das Departement bestimmt das Leitbild der Kantonspolizei.

[2] Die Polizeikommandantin oder der Polizeikommandant erlässt die erforderlichen Dienstanweisungen insbesondere über Führung, Organisation, Rekrutierung, Aus- und Weiterbildung, Kommunikation, Führung im Polizeieinsatz sowie Bekleidung und Ausrüstung.

Art. 28 Sicherheitsassistentinnen und -assistenten

[1] Die Polizeikommandantin oder der Polizeikommandant erlässt die erforderlichen Dienstanweisungen über die Rekrutierung, Ausbildung und Anstellung der Sicherheitsassistentinnen und Sicherheitsassistenten.

Art. 29 Disziplinarmassnahmen *

[1] Die Polizeikommandantin oder der Polizeikommandant kann nach Abklärung des Sachverhalts und nach Anhören des oder der Betroffenen als Disziplinarstrafe mündliche oder schriftliche Verweise erteilen oder eine disziplinarische Versetzung verfügen. *

[2] Im Fall einer disziplinarischen Versetzung besteht kein Anspruch auf Auslagenersatz. *

Art. 30 Polizeiliche Unterstützung

[1] Über polizeiliche Unterstützung von maximal 250 Manntagen im Sinne von Artikel 4 Absatz 2 und 3 des Polizeigesetzes[2)] entscheidet die Polizeikommandantin oder der Polizeikommandant.

Art. 31 Unterstützung durch auswärtige Polizeikräfte

[1] Leisten Polizistinnen und Polizisten gemäss Artikel 4 des Polizeigesetzes[3)] Hilfe, unterstehen sie nur im Rahmen dieser Hilfeleistung auf dem Kantonsgebiet dem Polizeikommando. Sie haben in diesem Fall die gleichen Kompetenzen und Pflichten wie die Mitarbeitenden der Kantonspolizei. Personal- und versicherungsrechtlich bleiben sie ihrem Stammkorps unterstellt.

Art. 32 Polizeiliche Zusammenarbeit mit den Gemeinden

[1] Über die gegenseitige Unterstützung im Sinne von Artikel 5 Absatz 1 und 2 des Polizeigesetzes[4)] entscheidet die Polizeikommandantin oder der Polizeikommandant.

[2] Ein Kostenersatz nach Artikel 5 Absatz 1 des Polizeigesetzes ist ausgeschlossen, soweit eine vertraglich vereinbarte dauernde Übertragung polizeilicher Aufgaben besteht.

Art. 32a * Nachrichtendienst

[1] Die Polizeikommandantin oder der Polizeikommandant übt die Dienstaufsicht im Sinne von Artikel 82 des Nachrichtendienstgesetzes[5)] aus.

Art. 32b * Bedrohungsmanagement
1. Leistungsvereinbarung

[1] Die Kantonspolizei kann mit Dritten Leistungsvereinbarungen abschliessen, um die ihr im Bedrohungsmanagement obliegenden Aufgaben zu erfüllen.

Art. 32c * 2. Fachstelle KBM

[1] Die Fachstelle KBM führt das Bedrohungsmanagement.

Art. 32d * 3. Fachgremium KBM

[1] Das Fachgremium unterstützt die Fachstelle KBM beim Aufbau und der Weiterentwicklung des Bedrohungsmanagements. Es wird von der Fachstelle KBM geleitet.

[2] Dem Fachgremium gehören je ein Mitglied der folgenden Behörden an:

a) der Kantonspolizei;

---

2) BR 613.000
3) BR 613.000
4) BR 613.000
5) SR 121

b) der Staatsanwaltschaft;
c) der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde;
d) des Amts für Justizvollzug;
e) des Amts für Migration und Zivilrecht;
f) des Amts für Soziales;
g) der Psychiatrischen Dienste Graubünden.

[3] Die Mitglieder werden von den jeweiligen Behörden bezeichnet.

[4] Das Fachgremium kann weitere Personen beiziehen.

5a. Massnahmen *

Art. 33 Zuständigkeit
1. Polizeiliche Massnahmen *

[1] Über die folgenden Massnahmen des Polizeigesetzes[6)] entscheidet eine Polizeioffizierin oder ein Polizeioffizier: *

a) * Anhaltung gemäss Artikel 9 Absatz 4;
a[bis]) * Ausgrenzung gemäss Artikel 12a Absatz 5;
b) * Polizeigewahrsam gemäss Artikel 15;
c) * besondere Massnahmen gegen Gewalt, Drohungen oder Nachstellungen gemäss Artikel 16;
d) * Durchsuchen von nicht öffentlichen Räumlichkeiten gemäss Artikel 20;
e) * …
f) * Überwachungen des Post- und Fernmeldeverkehrs ausserhalb von Strafverfahren gemäss Artikel 22d.
g) * …

[2] … *

[3] … *

Art. 33a * 2. Massnahmen des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen *

[1] Die Polizeikommandantin oder der Polizeikommandant ist die zuständige Behörde gemäss Artikel 3a und Artikel 3b Absatz 2 des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen[7)]. *

a) * …
b) * …
c) * …

[2] … *

[3] … *

[6)] BR 613.000
[7)] BR 613.180

[4] Über folgende polizeiliche Massnahmen des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen entscheidet eine Polizeioffizierin oder ein Polizeioffizier: *

a) Rayonverbot gemäss Artikel 4 und Artikel 5 des Konkordats;
b) Meldeauflage gemäss Artikel 6 und Artikel 7 des Konkordats;
c) Polizeigewahrsam gemäss Artikel 8 und Artikel 9 des Konkordats.

Art. 33b * 3. Massnahmen der Strafprozessordnung *

[1] Die Kantonspolizei bestimmt, welche Polizistinnen und Polizisten Zeuginnen und Zeugen im Auftrag der Staatsanwaltschaft einvernehmen dürfen.

[2] Über die folgenden Zwangsmassnahmen der Strafprozessordnung[8)] entscheidet eine Polizeioffizierin oder ein Polizeioffizier: *

a) Verlängerung der vorläufigen Festnahme bei Übertretungen gemäss Artikel 219 Absatz 5;
b) Observation gemäss Artikel 282 Absatz 1;
c) verdeckte Fahndung gemäss Artikel 298b Absatz 1.

Art. 33c * Mitteilung

[1] Die Kantonspolizei teilt Massnahmen gegen Gewalt, Drohungen oder Nachstellungen folgenden Behörden mit:

a) der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, wenn Minderjährige betroffen sind oder Massnahmen des Erwachsenenschutzes in Betracht kommen;
b) dem Amt für Migration und Zivilrecht, wenn ausländer- oder asylrechtliche Massnahmen in Betracht kommen;
c) den Schulbehörden, wenn dies zum Schutz von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen erforderlich ist;
d) den Polizeiorganen anderer Kantone, wenn dies zum Vollzug der angeordneten Massnahme erforderlich ist.

Art. 34 * …

Art. 34a * Bild- und Tonüberwachung ohne Personenidentifikation

[1] Die Kantonspolizei kann allgemein zugängliche Orte bild- und tonmässig überwachen, wenn dadurch keine Personendaten erhoben werden.

Art. 34b * Verdeckte Überwachung allgemein zugänglicher Orte

[1] Massnahmen im Sinne von Artikel 22a des Polizeigesetzes[9)] werden angeordnet, um Straftaten oder Straftäterinnen und Straftäter zu identifizieren.

---

8) SR 312.0
9) BR 613.000

Art. 34b[bis] * Automatisierte Fahrzeugfahndung
1. Einsatz

[1] Setzt die Kantonspolizei für die automatisierte Fahrzeugfahndung festinstallierte Bildaufzeichnungsgeräte ein, überprüft die Polizeikommandantin oder der Polizeikommandant die Zweckmässigkeit des Einsatzorts mindestens alle fünf Jahre.

[2] Semistationäre Bildaufzeichnungsgeräte dürfen an demselben Standort höchstens während drei Monaten eingesetzt werden.

Art. 34b[ter] * 2. Fahndungsaufträge

[1] Die Polizeioffizierin oder der Polizeioffizier entscheidet über Fahndungsaufträge gemäss Artikel 22b Absatz 2 Litera c des Polizeigesetzes[10)].

[2] Dauern Fahndungsaufträge länger als 90 Tage, entscheidet die Polizeikommandantin oder der Polizeikommandant über deren Verlängerung.

[3] Die Polizeikommandantin oder der Polizeikommandant kann die Befugnis gemäss Absatz 1 besonders qualifizierten Personen übertragen. Diese können Fahndungsaufträge für höchstens 24 Stunden anordnen. Über die Verlängerung der Massnahme entscheidet die Polizeioffizierin oder der Polizeioffizier, nach 90 Tagen die Polizeikommandantin oder der Polizeikommandant.

[4] In der Anordnung sind der Grund und die Dauer des Fahndungsauftrags anzugeben.

Art. 34b[quater] * 3. Veröffentlichung der Standorte

[1] Die Kantonspolizei führt eine Liste über die Standorte der Bildaufzeichnungsgeräte, die sie für die automatisierte Fahrzeugfahndung einsetzt.

[2] Sie teilt die Liste der Aufsichtsstelle Datenschutz mit.

[3] Die Aufsichtsstelle Datenschutz veröffentlicht die Liste.

Art. 34b[quinquies] * 4. AF-Datenbearbeitungssystem

[1] Die Kantonspolizei nutzt für die automatisierte Fahrzeugfahndung ein besonderes Datenbearbeitungssystem (AF-Datenbearbeitungssystem).

[2] Im AF-Datenbearbeitungssystem werden folgende Daten bearbeitet:

a) Kontrollschild von Fahrzeugen;
b) Ort;
c) Datum und Zeit;
d) Fahrtrichtung;
e) Fahrzeuginsassinnen und Fahrzeuginsassen.

[3] Die Polizeikommandantin oder der Polizeikommandant legt die Zugriffsberechtigung rollenbezogen fest.

[4] Das AF-Datenbearbeitungssystem protokolliert, wer Daten erfasst, ändert oder abfragt. Die Protokolle werden während eines Jahres aufbewahrt.

[10)] BR 613.000

Art. 34b[sexies] * 5. Berichterstattung

[1] Die Kantonspolizei erstattet dem Departement jährlich Bericht über die automatisierte Fahrzeugfahndung.

[2] Im Bericht weist sie insbesondere Folgendes aus:

a) wie viele Datenabgleiche zu einer Übereinstimmung mit einem ausgeschriebenen Kontrollschild geführt haben (Treffer);
b) wie viele Treffer zu einer Festnahme, Kontrolle oder Anhaltung geführt haben;
c) wie viele Bildaufzeichnungsgeräte im Einsatz sind;
d) Verletzungen der Datensicherheit;
e) Anpassungen der Informationstechnik.

Art. 34b[septies] * Verkehrsbeobachtung

[1] Setzt die Kantonspolizei zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit festinstallierte, hochauflösende Bildaufzeichnungs- oder Bildübermittlungsgeräte ein, überprüft die Polizeikommandantin oder der Polizeikommandant die Zweckmässigkeit des Einsatzorts mindestens alle fünf Jahre.

[2] Semistationäre, hochauflösende Bildaufzeichnungs- oder Bildübermittlungsgeräte sowie andere nicht stationäre Hilfsmittel dürfen an demselben Standort höchstens während drei Monaten eingesetzt werden.

[3] Für die Veröffentlichung der Standorte der hochauflösenden Bildaufzeichnungs- oder Bildübermittlungsgeräte gilt Artikel 34b[quater] sinngemäss.

Art. 34c * Einsatzbezogene Informationsbeschaffung und Überwachung

[1] Massnahmen im Sinne von Artikel 22c des Polizeigesetzes[11)] werden von der Einsatzleiterin oder dem Einsatzleiter angeordnet.

Art. 34d * Körpernah getragene Aufzeichnungsgeräte (Bodycams)
1. Einsatz

[1] Bodycams können an allgemein zugänglichen Orten eingesetzt werden, wenn die Anwendung von polizeilichem Zwang wahrscheinlich ist, weil bereits Straftaten begangen wurden oder mit solchen zu rechnen ist.

[2] Start und Ende der Aufzeichnung erfassen das Ansprechen der betroffenen Person sowie die an ihr durchgeführten Massnahmen.

[3] Wenn es die Umstände zulassen, ist der betroffenen Person die Aufzeichnung anzukündigen. Die Aufzeichnung kann auch die betroffene Person verlangen.

Art. 34e * 2. Kennzeichnung und Löschung

[1] Kameraführende Polizistinnen und Polizisten sowie laufende Aufzeichnungen müssen für die betroffenen Personen erkennbar sein.

[11)] BR 613.000

[2] Die Löschung der Aufzeichnung nach 30 Tagen erfolgt automatisch.

6. Aufgaben der Gemeinden

Art. 35 Angemessene Ausbildung

[1] Erfüllen Gemeindepolizeiorgane ihre Aufgabe uniformiert, so haben sie den Ordnungsbussenkurs bei der Kantonspolizei sowie eine Ausbildung in der Verkehrszeichengebung bei einem grösseren Gemeindepolizeikorps zu absolvieren.

[2] Erfolgt der Dienst bewaffnet oder zur Durchführung einer Massnahme nach Artikel 3 Absatz 1[ter] des Polizeigesetzes[12)], erfordert dies die Ausbildung zur Polizistin oder zum Polizisten mit eidgenössischem Fachausweis. *

[3] Es gelten die gleichen Übergangsbestimmungen wie bei der Einführung der eidgenössischen Berufsprüfung[13)].

Art. 36 Bezeichnung Gemeindepolizei

[1] Gemeindepolizeiorgane sind als solche zu bezeichnen und müssen sich hinsichtlich der Beschriftung von Fahrzeugen und der Uniform von der Kantonspolizei deutlich unterscheiden. Über Ausnahmen entscheidet die Polizeikommandantin oder der Polizeikommandant.

Art. 36a * Ordnungsbussenverfahren

[1] Die Ordnungsbussen gemäss Artikel 36k des Polizeigesetzes[14)] betragen für:

a) Gefährdung durch Feuerwerk (Art. 36c PolG): Fr. 150.–
b) unanständiges Benehmen, Ruhestörung (Art. 36g PolG): Fr. 100.–
c) Verunreinigung fremden Eigentums (Art. 36h Abs. 1 PolG): Fr. 100.–
d) Betteln (Art. 36j PolG): Fr. 50.–

[2] Die Gemeinden tragen die Kosten für die Durchführung dieser Ordnungsbussenverfahren.

[3] Die eingezogenen Bussen fallen in die Gemeindekasse.

7. Bearbeiten von Personendaten

Art. 37 Geltungsbereich

[1] Die Bestimmungen dieses Abschnitts gelten für die Bearbeitung von personenbezogenen, fallbezogenen und sachbezogenen Daten durch die Kantonspolizei, soweit sie nicht als Gerichtspolizei tätig ist. *

12) BR 613.000
13) Art. 30 Regelement des SPI über die Berufsprüfung für Polizist/Polizistin, genehmigt vom EVD
14) BR 613.000

[2] Die Bearbeitung gerichtspolizeilicher Daten richtet sich nach der Schweizerischen Strafprozessordnung[15)]; sie erfasst sämtliche Datenbearbeitungen der Kantonspolizei in ihrer Funktion als Strafverfolgungsbehörde. *

[3] Bearbeitet die Kantonspolizei Daten in Informationssystemen des Bundes, gelten die bundesrechtlichen Bestimmungen. Das kantonale Polizeirecht findet ergänzend Anwendung. *

[4] Für die übrigen Datenbearbeitungen ist das kantonale Datenschutzrecht massgebend, soweit keine spezielleren Regelungen existieren. *

Art. 38 * …

Art. 39 * …

Art. 40 Datenzugriff

[1] Die Mitarbeitenden der Kantonspolizei haben Zugang zu den Daten soweit dies für die Erfüllung gerichts- oder sicherheitspolizeilicher Aufgaben notwendig ist.

[1bis] Weiteren Personen gewährt die Kantonspolizei Zugang zu den Daten: *

a) soweit dies gesetzlich vorgesehen ist;
b) soweit sie hierauf angewiesen sind, um eine polizeiliche Aufgabe zu erfüllen, die ihnen durch Vertrag übertragen wurde;
c) wenn sie im Auftrag der Kantonspolizei Daten bearbeiten.

[2] … *

Art. 41 * …

Art. 42 * …

Art. 43 Organisation *

[1] Für die Datensicherheit gelten die Vorschriften des Amtes für Informatik.

[2] Die Kantonspolizei ist verantwortlich für die Datenerhaltung und Datenpflege. Sie trifft die notwendigen Massnahmen zum Schutz der Daten vor unberechtigtem Zugriff und Verlust.

[2bis] Die Polizeikommandantin oder der Polizeikommandant erlässt die erforderlichen Dienstanweisungen. *

[3] … *

[15)] SR 312.0

Art. 43a * Bedrohungsmanagement
1. Datenbearbeitungssystem

[1] Die Kantonspolizei bearbeitet die Daten aus dem Bedrohungsmanagement in einem eigenen Datenbearbeitungssystem.

[2] Zugriff auf dieses Datenbearbeitungssystem erhalten nur Personen, die diese Informationen benötigen, um die ihnen übertragenen polizeilichen Aufgaben zu erfüllen. Die Polizeikommandantin oder der Polizeikommandant legt die Zugriffsberechtigung rollenbezogen fest.

[3] Wird kein Fall eröffnet, werden die Daten spätestens nach fünf Jahren vernichtet. In den anderen Fällen sind die Daten spätestens zehn Jahre nach Abschluss des Falles zu vernichten.

Art. 43b * 2. Fallkonferenz

[1] Die Fachstelle KBM bezeichnet die Behörden, Fachpersonen und privaten Organisationen, die an einer Fallkonferenz teilnehmen.

[2] Sie macht die Beteiligten auf ihre Verschwiegenheitspflicht und die Folgen der Missachtung aufmerksam. Personen, die nicht dem Amtsgeheimnis unterstehen, haben die Einhaltung der Schweigepflicht unterschriftlich zu bestätigen.

[3] Die Fachstelle KBM protokolliert die Ergebnisse der Fallkonferenz.

[4] Sie kann die Leitung der Fallkonferenz einer anderen Behörde übertragen.

8. Schlussbestimmungen

Art. 44 In-Kraft-Treten, Aufheben bisherigen Rechts

[1] Diese Verordnung tritt auf den 1. Juli 2005 in Kraft. Gleichzeitig werden das Dienst- und Organisationsreglement der Kantonspolizei vom 24. August 1987[16)] und das Rekrutierungs- und Beförderungsreglement der Kantonspolizei Graubünden vom 27. Oktober 1998[17)] aufgehoben.

[16)] AGS 1987, 1827 und Änderungen gemäss Register AGS
[17)] AGS 1998, 4270 und AGS 2000, 4582

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
21.06.2005	01.07.2005	Erlass	Erstfassung	-
24.10.2006	01.01.2007	Art. 1 Abs. 1	geändert	2006, 4299
19.06.2007	01.07.2007	Art. 33	Titel geändert	-
19.06.2007	01.07.2007	Art. 33 Abs. 1, c)	geändert	-
19.06.2007	01.07.2007	Art. 33a	eingefügt	-
21.12.2010	01.01.2011	Art. 33 Abs. 1, f)	geändert	2010, 4815
21.12.2010	01.01.2011	Art. 33 Abs. 1, g)	eingefügt	2010, 4815
21.12.2010	01.01.2011	Art. 33a Abs. 1	geändert	2010, 4815
21.12.2010	01.01.2011	Art. 33b	eingefügt	2010, 4815
05.07.2011	01.07.2011	Art. 2	totalrevidiert	-
05.07.2011	01.07.2011	Art. 3 Abs. 1	geändert	-
05.07.2011	01.07.2011	Art. 4 Abs. 2	geändert	-
05.07.2011	01.07.2011	Art. 6 Abs. 1	geändert	-
05.07.2011	01.07.2011	Art. 6 Abs. 2	aufgehoben	-
05.07.2011	01.07.2011	Art. 7	totalrevidiert	-
05.07.2011	01.07.2011	Art. 7a	eingefügt	-
05.07.2011	01.07.2011	Art. 8	Titel geändert	-
05.07.2011	01.07.2011	Art. 8 Abs. 1	aufgehoben	-
05.07.2011	01.07.2011	Art. 8 Abs. 2	geändert	-
05.07.2011	01.07.2011	Art. 8 Abs. 2, d)	aufgehoben	-
05.07.2011	01.07.2011	Art. 8 Abs. 3	aufgehoben	-
05.07.2011	01.07.2011	Art. 8a	eingefügt	-
05.07.2011	01.07.2011	Art. 9	totalrevidiert	-
05.07.2011	01.07.2011	Art. 10	totalrevidiert	-
05.07.2011	01.07.2011	Art. 17 Abs. 2	geändert	-
05.07.2011	01.07.2011	Art. 21	Titel geändert	-
05.07.2011	01.07.2011	Art. 21 Abs. 2	geändert	-
05.07.2011	01.07.2011	Art. 21 Abs. 4	geändert	-
05.07.2011	01.07.2011	Art. 22	aufgehoben	-
05.07.2011	01.07.2011	Art. 23	totalrevidiert	-
05.07.2011	01.07.2011	Art. 24 Abs. 1	geändert	-
05.07.2011	01.07.2011	Art. 33 Abs. 1	geändert	-
14.01.2014	01.01.2014	Art. 8 Abs. 2, b)	geändert	-
26.05.2015	21.05.2015	Art. 33 Abs. 2	eingefügt	2015-018
26.05.2015	21.05.2015	Art. 33 Abs. 3	eingefügt	2015-018
26.05.2015	21.05.2015	Art. 33a Abs. 1	geändert	2015-018
26.05.2015	21.05.2015	Art. 33a Abs. 1, a)	aufgehoben	2015-018
26.05.2015	21.05.2015	Art. 33a Abs. 1, b)	aufgehoben	2015-018
26.05.2015	21.05.2015	Art. 33a Abs. 1, c)	aufgehoben	2015-018
26.05.2015	21.05.2015	Art. 33a Abs. 2	aufgehoben	2015-018
26.05.2015	21.05.2015	Art. 33a Abs. 3	aufgehoben	2015-018
18.12.2018	01.01.2019	Art. 3 Abs. 3	geändert	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Art. 32a	eingefügt	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Titel 5a.	eingefügt	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Art. 33	Titel geändert	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Art. 33 Abs. 1	geändert	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Art. 33 Abs. 1, a)	geändert	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Art. 33 Abs. 1, b)	geändert	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Art. 33 Abs. 1, c)	geändert	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Art. 33 Abs. 1, d)	geändert	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Art. 33 Abs. 1, e)	aufgehoben	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Art. 33 Abs. 1, f)	geändert	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Art. 33 Abs. 1, g)	aufgehoben	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Art. 33 Abs. 2	aufgehoben	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Art. 33 Abs. 3	aufgehoben	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Art. 33a	Titel geändert	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Art. 33a Abs. 4	eingefügt	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Art. 33b	Titel geändert	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Art. 33b Abs. 2	eingefügt	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Art. 34	aufgehoben	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Art. 34a	eingefügt	2018-024

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
18.12.2018	01.01.2019	Art. 34b	eingefügt	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Art. 34c	eingefügt	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Art. 34d	eingefügt	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Art. 34e	eingefügt	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Art. 35 Abs. 2	geändert	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Art. 36a	eingefügt	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Art. 38	aufgehoben	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Art. 39 Abs. 1	geändert	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Art. 39 Abs. 2	aufgehoben	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Art. 40 Abs. 2	eingefügt	2018-024
18.12.2018	01.01.2019	Art. 41	aufgehoben	2018-024
12.03.2019	15.05.2019	Art. 3 Abs. 2	aufgehoben	2019-003
24.09.2019	01.10.2019	Art. 8 Abs. 2, a)	geändert	2019-022
24.09.2019	01.10.2019	Art. 8 Abs. 4	geändert	2019-022
24.09.2019	01.10.2019	Art. 8a Abs. 3	geändert	2019-022
24.09.2019	01.10.2019	Art. 17 Abs. 2	geändert	2019-022
24.09.2019	01.10.2019	Art. 20a	eingefügt	2019-022
24.09.2019	01.10.2019	Art. 20b	eingefügt	2019-022
24.09.2019	01.10.2019	Art. 20c	eingefügt	2019-022
24.09.2019	01.10.2019	Art. 21 Abs. 2, a)	geändert	2019-022
24.09.2019	01.10.2019	Art. 21 Abs. 2, b)	geändert	2019-022
24.09.2019	01.10.2019	Art. 21 Abs. 2, c)	geändert	2019-022
24.09.2019	01.10.2019	Art. 23 Abs. 1	geändert	2019-022
24.09.2019	01.10.2019	Art. 25 Abs. 1	geändert	2019-022
24.09.2019	01.10.2019	Art. 25 Abs. 2	geändert	2019-022
24.09.2019	01.10.2019	Art. 29	Titel geändert	2019-022
24.09.2019	01.10.2019	Art. 29 Abs. 1	geändert	2019-022
24.09.2019	01.10.2019	Art. 29 Abs. 2	eingefügt	2019-022
16.12.2025	01.01.2026	Art. 32b	eingefügt	2025-072
16.12.2025	01.01.2026	Art. 32c	eingefügt	2025-072
16.12.2025	01.01.2026	Art. 32d	eingefügt	2025-072
16.12.2025	01.01.2026	Art. 33	Titel geändert	2025-072
16.12.2025	01.01.2026	Art. 33 Abs. 1, a^{bis})	eingefügt	2025-072
16.12.2025	01.01.2026	Art. 33 Abs. 1, c)	geändert	2025-072
16.12.2025	01.01.2026	Art. 33a	Titel geändert	2025-072
16.12.2025	01.01.2026	Art. 33b	Titel geändert	2025-072
16.12.2025	01.01.2026	Art. 33c	eingefügt	2025-072
16.12.2025	01.01.2026	Art. 39	aufgehoben	2025-072
16.12.2025	01.01.2026	Art. 43 Abs. 3	aufgehoben	2025-072
16.12.2025	01.01.2026	Art. 43a	eingefügt	2025-072
16.12.2025	01.01.2026	Art. 43b	eingefügt	2025-072
14.04.2026	01.05.2026	Art. 33 Abs. 1, a^{bis})	geändert	2026-009
14.04.2026	01.05.2026	Art. 34b^{bis}	eingefügt	2026-009
14.04.2026	01.05.2026	Art. 34b^{ter}	eingefügt	2026-009
14.04.2026	01.05.2026	Art. 34b^{quater}	eingefügt	2026-009
14.04.2026	01.05.2026	Art. 34b^{quinquies}	eingefügt	2026-009
14.04.2026	01.05.2026	Art. 34b^{sexies}	eingefügt	2026-009
14.04.2026	01.05.2026	Art. 34b^{septies}	eingefügt	2026-009
14.04.2026	01.05.2026	Art. 37 Abs. 1	geändert	2026-009
14.04.2026	01.05.2026	Art. 37 Abs. 2	geändert	2026-009
14.04.2026	01.05.2026	Art. 37 Abs. 3	geändert	2026-009
14.04.2026	01.05.2026	Art. 37 Abs. 4	eingefügt	2026-009
14.04.2026	01.05.2026	Art. 40 Abs. 1bis	eingefügt	2026-009
14.04.2026	01.05.2026	Art. 40 Abs. 2	aufgehoben	2026-009
14.04.2026	01.05.2026	Art. 42	aufgehoben	2026-009
14.04.2026	01.05.2026	Art. 43	Titel geändert	2026-009
14.04.2026	01.05.2026	Art. 43 Abs. 2bis	eingefügt	2026-009

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
Erlass	21.06.2005	01.07.2005	Erstfassung	-
Art. 1 Abs. 1	24.10.2006	01.01.2007	geändert	2006, 4299
Art. 2	05.07.2011	01.07.2011	totalrevidiert	-
Art. 3 Abs. 1	05.07.2011	01.07.2011	geändert	-
Art. 3 Abs. 2	12.03.2019	15.05.2019	aufgehoben	2019-003
Art. 3 Abs. 3	18.12.2018	01.01.2019	geändert	2018-024
Art. 4 Abs. 2	05.07.2011	01.07.2011	geändert	-
Art. 6 Abs. 1	05.07.2011	01.07.2011	geändert	-
Art. 6 Abs. 2	05.07.2011	01.07.2011	aufgehoben	-
Art. 7	05.07.2011	01.07.2011	totalrevidiert	-
Art. 7a	05.07.2011	01.07.2011	eingefügt	-
Art. 8	05.07.2011	01.07.2011	Titel geändert	-
Art. 8 Abs. 1	05.07.2011	01.07.2011	aufgehoben	-
Art. 8 Abs. 2	05.07.2011	01.07.2011	geändert	-
Art. 8 Abs. 2, a)	24.09.2019	01.10.2019	geändert	2019-022
Art. 8 Abs. 2, b)	14.01.2014	01.01.2014	geändert	-
Art. 8 Abs. 2, d)	05.07.2011	01.07.2011	aufgehoben	-
Art. 8 Abs. 3	05.07.2011	01.07.2011	aufgehoben	-
Art. 8 Abs. 4	24.09.2019	01.10.2019	geändert	2019-022
Art. 8a	05.07.2011	01.07.2011	eingefügt	-
Art. 8a Abs. 3	24.09.2019	01.10.2019	geändert	2019-022
Art. 9	05.07.2011	01.07.2011	totalrevidiert	-
Art. 10	05.07.2011	01.07.2011	totalrevidiert	-
Art. 17 Abs. 2	05.07.2011	01.07.2011	geändert	-
Art. 17 Abs. 2	24.09.2019	01.10.2019	geändert	2019-022
Art. 20a	24.09.2019	01.10.2019	eingefügt	2019-022
Art. 20b	24.09.2019	01.10.2019	eingefügt	2019-022
Art. 20c	24.09.2019	01.10.2019	eingefügt	2019-022
Art. 21	05.07.2011	01.07.2011	Titel geändert	-
Art. 21 Abs. 2	05.07.2011	01.07.2011	geändert	-
Art. 21 Abs. 2, a)	24.09.2019	01.10.2019	geändert	2019-022
Art. 21 Abs. 2, b)	24.09.2019	01.10.2019	geändert	2019-022
Art. 21 Abs. 2, c)	24.09.2019	01.10.2019	geändert	2019-022
Art. 21 Abs. 4	05.07.2011	01.07.2011	geändert	-
Art. 22	05.07.2011	01.07.2011	aufgehoben	-
Art. 23	05.07.2011	01.07.2011	totalrevidiert	-
Art. 23 Abs. 1	24.09.2019	01.10.2019	geändert	2019-022
Art. 24 Abs. 1	05.07.2011	01.07.2011	geändert	-
Art. 25 Abs. 1	24.09.2019	01.10.2019	geändert	2019-022
Art. 25 Abs. 2	24.09.2019	01.10.2019	geändert	2019-022
Art. 29	24.09.2019	01.10.2019	Titel geändert	2019-022
Art. 29 Abs. 1	24.09.2019	01.10.2019	geändert	2019-022
Art. 29 Abs. 2	24.09.2019	01.10.2019	eingefügt	2019-022
Art. 32a	18.12.2018	01.01.2019	eingefügt	2018-024
Art. 32b	16.12.2025	01.01.2026	eingefügt	2025-072
Art. 32c	16.12.2025	01.01.2026	eingefügt	2025-072
Art. 32d	16.12.2025	01.01.2026	eingefügt	2025-072
Titel 5a.	18.12.2018	01.01.2019	eingefügt	2018-024
Art. 33	19.06.2007	01.07.2007	Titel geändert	-
Art. 33	18.12.2018	01.01.2019	Titel geändert	2018-024
Art. 33	16.12.2025	01.01.2026	Titel geändert	2025-072
Art. 33 Abs. 1	05.07.2011	01.07.2011	geändert	-
Art. 33 Abs. 1	18.12.2018	01.01.2019	geändert	2018-024
Art. 33 Abs. 1, a)	18.12.2018	01.01.2019	geändert	2018-024
Art. 33 Abs. 1, a^{bis})	16.12.2025	01.01.2026	eingefügt	2025-072
Art. 33 Abs. 1, a^{bis})	14.04.2026	01.05.2026	geändert	2026-009
Art. 33 Abs. 1, b)	18.12.2018	01.01.2019	geändert	2018-024
Art. 33 Abs. 1, c)	19.06.2007	01.07.2007	geändert	-
Art. 33 Abs. 1, c)	18.12.2018	01.01.2019	geändert	2018-024
Art. 33 Abs. 1, c)	16.12.2025	01.01.2026	geändert	2025-072
Art. 33 Abs. 1, d)	18.12.2018	01.01.2019	geändert	2018-024

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
Art. 33 Abs. 1, e)	18.12.2018	01.01.2019	aufgehoben	2018-024
Art. 33 Abs. 1, f)	21.12.2010	01.01.2011	geändert	2010, 4815
Art. 33 Abs. 1, f)	18.12.2018	01.01.2019	geändert	2018-024
Art. 33 Abs. 1, g)	21.12.2010	01.01.2011	eingefügt	2010, 4815
Art. 33 Abs. 1, g)	18.12.2018	01.01.2019	aufgehoben	2018-024
Art. 33 Abs. 2	26.05.2015	21.05.2015	eingefügt	2015-018
Art. 33 Abs. 2	18.12.2018	01.01.2019	aufgehoben	2018-024
Art. 33 Abs. 3	26.05.2015	21.05.2015	eingefügt	2015-018
Art. 33 Abs. 3	18.12.2018	01.01.2019	aufgehoben	2018-024
Art. 33a	19.06.2007	01.07.2007	eingefügt	-
Art. 33a	18.12.2018	01.01.2019	Titel geändert	2018-024
Art. 33a	16.12.2025	01.01.2026	Titel geändert	2025-072
Art. 33a Abs. 1	21.12.2010	01.01.2011	geändert	2010, 4815
Art. 33a Abs. 1	26.05.2015	21.05.2015	geändert	2015-018
Art. 33a Abs. 1, a)	26.05.2015	21.05.2015	aufgehoben	2015-018
Art. 33a Abs. 1, b)	26.05.2015	21.05.2015	aufgehoben	2015-018
Art. 33a Abs. 1, c)	26.05.2015	21.05.2015	aufgehoben	2015-018
Art. 33a Abs. 2	26.05.2015	21.05.2015	aufgehoben	2015-018
Art. 33a Abs. 3	26.05.2015	21.05.2015	aufgehoben	2015-018
Art. 33a Abs. 4	18.12.2018	01.01.2019	eingefügt	2018-024
Art. 33b	21.12.2010	01.01.2011	eingefügt	2010, 4815
Art. 33b	18.12.2018	01.01.2019	Titel geändert	2018-024
Art. 33b	16.12.2025	01.01.2026	Titel geändert	2025-072
Art. 33b Abs. 2	18.12.2018	01.01.2019	eingefügt	2018-024
Art. 33c	16.12.2025	01.01.2026	eingefügt	2025-072
Art. 34	18.12.2018	01.01.2019	aufgehoben	2018-024
Art. 34a	18.12.2018	01.01.2019	eingefügt	2018-024
Art. 34b	18.12.2018	01.01.2019	eingefügt	2018-024
Art. 34b^{bis}	14.04.2026	01.05.2026	eingefügt	2026-009
Art. 34b^{ter}	14.04.2026	01.05.2026	eingefügt	2026-009
Art. 34b^{quater}	14.04.2026	01.05.2026	eingefügt	2026-009
Art. 34b^{quinquies}	14.04.2026	01.05.2026	eingefügt	2026-009
Art. 34b^{sexies}	14.04.2026	01.05.2026	eingefügt	2026-009
Art. 34b^{septies}	14.04.2026	01.05.2026	eingefügt	2026-009
Art. 34c	18.12.2018	01.01.2019	eingefügt	2018-024
Art. 34d	18.12.2018	01.01.2019	eingefügt	2018-024
Art. 34e	18.12.2018	01.01.2019	eingefügt	2018-024
Art. 35 Abs. 2	18.12.2018	01.01.2019	geändert	2018-024
Art. 36a	18.12.2018	01.01.2019	eingefügt	2018-024
Art. 37 Abs. 1	14.04.2026	01.05.2026	geändert	2026-009
Art. 37 Abs. 2	14.04.2026	01.05.2026	geändert	2026-009
Art. 37 Abs. 3	14.04.2026	01.05.2026	geändert	2026-009
Art. 37 Abs. 4	14.04.2026	01.05.2026	eingefügt	2026-009
Art. 38	18.12.2018	01.01.2019	aufgehoben	2018-024
Art. 39	16.12.2025	01.01.2026	aufgehoben	2025-072
Art. 39 Abs. 1	18.12.2018	01.01.2019	geändert	2018-024
Art. 39 Abs. 2	18.12.2018	01.01.2019	aufgehoben	2018-024
Art. 40 Abs. 1bis	14.04.2026	01.05.2026	eingefügt	2026-009
Art. 40 Abs. 2	18.12.2018	01.01.2019	eingefügt	2018-024
Art. 40 Abs. 2	14.04.2026	01.05.2026	aufgehoben	2026-009
Art. 41	18.12.2018	01.01.2019	aufgehoben	2018-024
Art. 42	14.04.2026	01.05.2026	aufgehoben	2026-009
Art. 43	14.04.2026	01.05.2026	Titel geändert	2026-009
Art. 43 Abs. 2bis	14.04.2026	01.05.2026	eingefügt	2026-009
Art. 43 Abs. 3	16.12.2025	01.01.2026	aufgehoben	2025-072
Art. 43a	16.12.2025	01.01.2026	eingefügt	2025-072
Art. 43b	16.12.2025	01.01.2026	eingefügt	2025-072